

STANDPUNKTE

Ausserordentliche Session Mai 2020
Nationalrat



Inhalt

Datum	Nr.	Geschäft	Seite
4. Mai 2020	20.007	Voranschlag 2020. Nachtrag I	3
5. Mai 2020	20.3151	Mo. KVF-N: Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr. Der Bund steht in der Pflicht	4
Impressum		UMWELTALLIANZ ALLIANCE-ENVIRONNEMENT Postgasse 15 Postfach 817 3000 Bern 8 Telefon 031 313 34 33 Fax 031 313 34 35 www.umweltallianz.ch info@umweltallianz.ch Redaktion: Rahel Loretan, Anne Briol Jung	5

Behandlung**4. Mai 2020****20.007****Voranschlag 2020. Nachtrag I****Einleitung**

Als Folge der Corona-Pandemie will der Bundesrat für Finanzhilfen in der Höhe von 1.275 Mia Fr. zu Gunsten von Swiss und Edelweiss bürgen. Welches Streckennetz damit erhalten bleiben soll, ist nicht bekannt. Ein Nachweis, dass keine Kapitalerhöhungen möglich sind, liegt nicht vor.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, den Verpflichtungskredit von 1.275 Mia. Fr. für vom Bund garantierte Finanzmittel zu Gunsten von Swiss und Edelweiss an zusätzliche klimapolitische Bedingungen zu knüpfen oder andernfalls abzulehnen.

Begründung

Der Vorschlag des Bundesrates entspricht einer Strukturerhaltung zu Lasten des Klimaschutzes. Es ist absehbar, dass die Nachfrage nach Flugreisen sinken wird (wirtschaftlicher Abschwung, Angst vor Infektionen bei Reisen auf andere Kontinente). Für die Aufrechterhaltung eines Angebotes mit sinkender Attraktivität zu bürgen, ist wirtschaftlich nicht ohne Gefahren und im aktuellen klimapolitischen Umfeld gewagt.

Die CO₂-Emissionen des Flugverkehrs ab der Schweiz haben in den letzten 10 Jahren um 32 Prozent zugenommen. Dieser ist für 20 Prozent der Klimawirkung der Schweiz verantwortlich. Schweizerinnen und Schweizer steigen doppelt so häufig ins Flugzeug wie die Bewohner und Bewohnerinnen der Nachbarländer.

Das Beispiel Frankreich zeigt, dass Finanzhilfen sehr wohl an klimapolitische Kriterien geknüpft werden können. Air France-KLM müssen gemäss französischer Regierung als Bedingung für Finanzhilfen aufgrund der Corona-Pandemie

- die Erneuerung der Flotte vorziehen (auf Ende 2021 statt wie geplant 2025)
- erneuerbare Treibstoffe einsetzen
- den CO₂-Ausstoss von Inlandflügen um 50 Prozent reduzieren
- das Angebot an Destinationen verringern, die innerhalb von weniger als zwei Stunden und 30 Minuten per Bahn erreichbar sind.

Die Schweiz toleriert mit dem Vorschlag des Bundesrates die gegenteilige Entwicklung. Die Swiss hat bereits mitgeteilt, dass sie die Beschaffung der weniger CO₂-intensiven Modelle A 320 neo zeitlich nach hinten verschiebt.

Die Swiss hat seit ihrer Gründung mehrere Milliarden Gewinn erwirtschaftet, die ins Ausland an ihre Eigentümerin Lufthansa abgeflossen sind. Die Lufthansa hat wenige Stunden nach dem Bundesratsentscheid zur Swiss ein finanzielles Hilfsangebot der deutschen Regierung abgelehnt. Die vom Bundesrat kommunizierte Bedingung, dass «in erster Linie die Unternehmen und ihre Eigentümer gefordert sind», ist deshalb kaum mehr erfüllt (Medienmitteilung des Bundesrates vom 30.4.).

KontaktLuc Leumann, VCS, luc.leumann@verkehrsclub.ch, 079 705 06 58

Behandlung**5. Mai 2020****20.3151****Mo. KVF-N: Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr. Der Bund steht in der Pflicht****Einleitung**

Die Motion verlangt, dem Parlament die Corona-bedingten Auswirkungen (u.a. Liquidität, Kurzarbeit, Ertragsausfälle) auf den öffentlichen Verkehr darzulegen. Neben dem Personenverkehr sind auch die Auswirkungen auf den Güterverkehr und auf die Bahninfrastruktur (z.B. die für September geplante Eröffnung des Ceneri-Basistunnels) miteinzubeziehen.

Die Motion enthält auch die Forderung, dass die ÖV-Unternehmen einen Teil ihrer Reserven zu Gunsten der finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie einsetzen müssen. Neben dem Bund und den Transportunternehmen sollen auch die Kantone einen Teil der entstandenen Zusatzkosten tragen.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Motion anzunehmen (=Ablehnung Minderheit Pieren).

Begründung

Der Bund hat die finanziellen Konsequenzen im Sinne des Service-public-Auftrags mitverursacht. Einerseits hat er von der Benützung des öffentlichen Verkehrs abgeraten. Gleichzeitig hatten die Verkehrsunternehmen auch während den letzten Wochen eine gesetzliche Verpflichtung, trotz massivem Nachfragerückgang ein Grundangebot aufrecht erhalten zu müssen (gesetzliche Transportpflicht, Pflicht zu einem gewissem, von Bund und Kantonen bestellten Angebot im öffentlichen Regionalverkehr).

KontaktLuc Leumann, VCS, luc.leumann@verkehrsclub.ch, 079 705 06 58

UMWELTALLIANZ

Kurzporträt

Die Umweltallianz ist ein loser Zusammenschluss der vier grossen Schweizer Umweltorganisationen mit dem Ziel der optimalen Koordination der politischen Aktivitäten. Die Geschäftsstelle der Umweltallianz ist in Bern.

Umweltallianz, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
Telefon 031 313 34 33, Fax 031 313 34 35, info@umweltallianz.ch

Mitglieder

Pro Natura

Pro Natura, Postfach, 4018 Basel
T 061 317 91 91, F 061 317 92 66
www.pronatura.ch

VCS / ATE

VCS, Aarberggasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern
T 0848 611 611, F 0848 611 612
www.verkehrsclub.ch

WWF

WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich
T 044 297 21 21, F 01 297 21 00
WWF Suisse, Avenue Dickens 6, 1006 Lausanne
T 021 966 73 73, F 021 966 73 74
www.wwf.ch

Greenpeace

Greenpeace, Postfach, 8031 Zürich
T 044 447 41 41, F 044 447 41 99
www.greenpeace.ch

Kooperationspartner

Schweizerische Energie-Stiftung SES

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich
T 044 275 21 21, F 044 275 21 20
www.energiestiftung.ch

BirdLife Schweiz

SVS, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich
T 044 457 70 20, F 044 457 70 30
www.birdlife.ch

Alpen-Initiative

Alpen-Initiative, Hellgasse 23, 6460 Altdorf UR
T 041 870 97 81
www.alpeninitiative.ch

Umweltrating

Die Umweltallianz analysiert jährlich, wie umweltfreundlich Parlamentarierinnen und Parlamentarier abstimmen, siehe www.umweltrating.ch. Grundlage bilden die in den Standpunkten beschriebenen Geschäfte.